

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Kommandantenstr. 80 · 10117 Berlin

Infrest - Infrastruktur eStrasse e.V.
Christoph Benedikt Krömer
Referent der Geschäftsführung

Haus 4, Aufgang A, Raum 4.30

Torgauer Straße 12-15

10829 Berlin

Nina Stahr und Werner Graf

Landesvorsitzende

Landesgeschäftsstelle

Kommandantenstr. 80

10117 Berlin

Tel.: +49 (30) 61 50 05 – 0

Fax: +49 (30) 61 50 05 – 99

landesvorsitzende@gruene-berlin.de

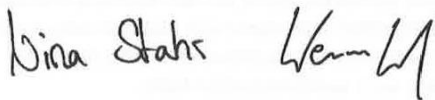
Berlin, 31. August 2021

Wahlprüfsteine Infrest - Infrastruktur eStrasse e.V.

Sehr geehrter Herr Krömer,

vielen Dank für Ihr Interesse an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin. Gerne beantworten wir Ihre Wahlprüfsteine. Sie finden unsere Antworten im beigefügten Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen



Nina Stahr und Werner Graf
Landesvorsitzende

Wahlprüfsteine Infrest - Infrastruktur eStrasse e.V.

1. Wie wollen Sie die Berliner Verwaltungen sowohl auf Senats- als auch auf Bezirksebene hinsichtlich dieser Herausforderungen konkret modernisieren?

Eine funktionierende Stadt braucht eine moderne Verwaltung. Doch bis 2016 galt in Berlin die Devise »Sparen bis es quietscht«. Die Bezirke, als wesentliche Schnittstelle für Bürger*innen, waren kaum noch handlungsfähig, und Digitalisierung war ein Fremdwort. Seitdem ist viel passiert: Wir haben massiv in die Zukunftsfähigkeit der Stadt investiert, tausende von Stellen geschaffen und die digitale Ausstattung der Verwaltung verbessert. Jetzt wollen wir den nächsten Schritt gehen und die Zusammenarbeit von Land und Bezirken neu ordnen. Wir wollen zukünftig Reibungsverluste systematisch verringern und durch eine gesamtstädtische Steuerung aus dem Roten Rathaus eine enge Zusammenarbeit aller Ebenen und Ressorts sicherstellen.

Zentral ist eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungsebenen (Senatsverwaltungen, Landesämter und Bezirksämtern). Beim Zuschnitt der Senatsverwaltungen berücksichtigen wir die neu geregelten Geschäftsbereiche der Bezirksämter. Wir überprüfen die Verteilung der Aufgaben zwischen den Landesämtern mit dem Ziel, ihre operativen Aufgaben entsprechend dem Zuschnitt der Senatsverwaltungen, zu bündeln. Die gesamtstädtische, strategische Steuerung, die wir im Roten Rathaus verankern wollen, ersetzt dabei jedoch nicht die fachliche Expertise in den verantwortlichen Behörden. Zielvereinbarungen verpflichten alle beteiligten Verwaltungen auf eine ergebnisorientierte Zusammenarbeit.

2. Wie wollen Sie die mittel- und langfristige Arbeitsfähigkeit der Straßen- und Grünflächenämter in Berlin sicherstellen?

Mit der Grünbauoffensive haben wir die zur Verfügung stehenden Finanzmittel für den Bereich Grün in den Bezirken massiv erhöht. Mit dem Mobilitätsgesetz haben wir den Ausbau von Rad- und Gehwegen in den Bezirken personell ausgeweitet. Auch wenn die Gewinnung der nötigen Fachkräfte noch nicht in ausreichendem Maße gelungen ist, halten wir den Weg der systematischen Stärkung der bestehenden Ämter für richtig. Zielvereinbarungen werden diesen Weg begleiten und die nötige Flexibilität bei der Einstufung der benötigten Fachkräfte wird diesen erfolgreich gestalten. Zur Erleichterung des Ausbaus der Rad- und Fußinfrastruktur sowie der Beschleunigung des ÖPNV-Ausbaus soll die Zuständigkeit für die Planung und Umsetzung aller Maßnahmen an Hauptstraßen von den Bezirken an die Landesebene übergehen. Im Gegenzug sollen die Bezirke von

Anfang bis Ende für die Nebenstraßen zuständig sein. Dies vermeidet Doppelzuständigkeiten.

3. Frage: Welche Konzepte hat Ihre Partei zur Modernisierung und Erhalt der Versorgungs- und Verkehrsinfrastruktur Berlins?

In der Zeit des absoluten Sparens in Berlin sind in der Verwaltung in den Bezirken und auf der Landesebene kontinuierliche Neueinstellungen unterblieben. Als Resultat erleben wir nun einen Fachkräftemangel und eine Überalterung in der Verwaltung. Außerdem ist die Digitalisierung der Verwaltung und der Verwaltungsabläufe nicht so vorangetrieben worden wie es möglich und nötig wäre.

Unter den Sparzwängen hat auch die Unterhaltung der Straßen und Brücken gelitten, so dass wir einen enormen Nachholbedarf haben. Finanziell sind diese Engpässe zurzeit überwunden und es wird wieder kräftig investiert, z.B. ist der Tiefbauetat der Bezirke durch die Auflösung des Schlaglochsonderprogramms verdoppelt worden. Auch die Mittel für Brückeninstandsetzung und Neubau sind deutlich erhöht worden. Die VLB ist aufgelöst und in die Senatsverwaltung (SenUVK) als Abt VI Verkehrsmanagement integriert worden. Durch Umstrukturierungen wurden Probleme bei der Aufgabenbewältigung aufgelöst.

Um dem Fachkräftemangel beizukommen, gilt es pragmatische Lösungen zu finden und umzusetzen, z.B. mit Blick auf Fachkräftewerbung und Vergütung, aber auch mit Blick auf Verbesserungen bei den Prozessabläufen. Der Aufbau eines Straßen- und Brückenunterhaltungsmanagements muss fortgesetzt werden, damit nach der Überwindung der größten Sanierungsfälle eine routinemäßige Unterhaltung der Infrastruktur möglich ist.

Aus unserer Sicht muss der Dialog zwischen den zuständigen Verwaltungen und den Unternehmen/Verbänden intensiviert und deren Ergebnisse dann auch umgesetzt werden. Hierzu gehört auch die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit z.B. beim „Baustellenatlas“ um eine kontinuierliche und mit allen betroffenen Akteur*innen abgestimmte Baustellenplanung zu bekommen.

Auch die Infrastruktur der Daseinsvorsorge hat in Zeiten des Sparzwangs gelitten. Doch nicht nur muss eine einwandfreie Funktion von Energie-, Wasser- und Abwasserversorgung zu jeder Zeit gewährleistet werden. Auch müssen wir diese Infrastruktur fit machen für die Zukunft. Im Energiebereich werden wir daher als Stromnetzbetreiber die Netze weiter zu smart grids entwickeln, die insbesondere auf die Aufnahme, die intelligente Verteilung und den bedarfsgerechten Verbrauch ausgerichtet sind. Im Wärmenetzbereich geht es vor allem darum wie wir gemeinsam mit den Betreibern zu einer fossilfreien Wärmeversorgung

kommen. Im Bereich Fernwärme heißt dies unter anderem, dass wir die Einspeisung Dritter befördern wollen. Beim Gasnetz hingegen stehen die Anforderungen an das Netz jenseits des Erdgases im Fokus. Auch im Abwasser steckt viel Wärme, die es zu heben gilt. Insbesondere bei Sanierungsarbeiten muss immer auch die Möglichkeit einer Wärmegewinnung aus dieser Quelle geprüft und ggf. umgesetzt werden.

4. Wie wollen Sie diese Wirtschaftsbereiche dabei unterstützen, auch weiterhin leistungsfähig zu bleiben?

Berlin ist im Bundesländervergleich gut durch die Krise gekommen: Bei der konjunkturellen Entwicklung steht Berlin mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 3,3 % in 2020 besser da als der Bundestrend (-4,6 %). Die Arbeitsmarktdaten zeigen zudem, dass Berlin kaum an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verloren hat.

Die Wirtschaftspolitik in Berlin war 2020 und in den Folgemonaten davon geprägt, die negativen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und die daraus resultierenden Eindämmungsmaßnahmen auf Berliner Unternehmen, deren Inhaber*innen sowie der Belegschaften, abzufedern. Mit zahlreichen Soforthilfe- und Überbrückunghilfsprogrammen haben Berlin und der Bund die Berliner Wirtschaft mit 4,25 Milliarden Euro gestützt und 440.000 Arbeitsplätze gesichert. Und auch die Perspektiven für das laufende Jahr sind positiv, so dass wir mit einem BIP-Wachstum in Höhe von gut 3 % rechnen. Auch die Berliner Industrie konnte sich nach dem Einbruch im ersten Lockdown stabilisieren und erhöhte den Umsatz im letzten Jahr um 2,7 %. Von der grundsätzlich positiven Entwicklung der Berliner Wirtschaft und insbesondere der Industrie wird auch das Bauhauptgewerbe profitieren, das schon in der Vergangenheit kontinuierlich steigende Umsätze verzeichnen konnte.

Wir Bündnisgrüne werden die Energie- und Mobilitätswende weiter voranbringen. Auch dies wird weiter starke Impulse in die Bauwirtschaft bieten - wie aktuell geschehen mit dem Förderprogramm „Effiziente GebäudePLUS“. Dieses wird die energetische Sanierung des Gebäudesektors im Land Berlin deutlich voranbringen. Die energetische Ertüchtigung des Berliner Gebäudesektors wollen wir in den nächsten Jahren deutlich ausbauen und damit einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung der Berliner Klimaschutzziele leisten. Der Gebäudesektor hat noch immer einen signifikanten Anteil am CO₂-Ausstoß. Um die ambitionierten Klimaziele des Landes Berlin zu erreichen, brauchen wir das Berliner Baugewerbe als wesentlichen Partner an unserer Seite.

5. Wie wollen Sie die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt verbessern?

Wir wollen 20.000 neue Wohnungen in Berlin pro Jahr. Mit den 16 neuen Stadtgebieten wird ein enormes Wohnungsbaupotential gehoben. Darüber hinaus setzen wir insbesondere auf Nachverdichtung durch höheres Bauen, z.B. Aufstockung. Alle Gebiete mit guter Bahn-Erschließung sollten im Regelfall viergeschossig, die innerstädtischen (S-Bahn-Ring und regionale Zentren) mit Traufhöhe (7-8 Geschosse) nachverdichtet werden. Nach dem Motto „mehr hoch als breit“ wollen wir, dass im Wohnungsbau in der Regel Geschosswohnungsbau entsteht. Im Gegenzug sollen die Abstände zwischen den Gebäuden größer werden und Platz für Versickerung von Regenwasser und Vegetation bieten. Die Planungs- und Genehmigungsprozesse müssen beschleunigt werden. Dazu bedarf es qualifizierten Personals. Wir wollen die Anzahl der Studienabschlüsse an Berliner Unis erhöhen und mehr Personal für die Bezirksämter gewinnen. Damit bereits vorhandener Wohnraum besser genutzt wird, wollen wir den Wohnungstausch vereinfachen und dazu aufrufen.

Wir wollen aber gleichzeitig die Bestandsmieter schützen. Beides – den Neubau und den Schutz der Bestandsmieten - kombiniert unser Mietenschutzschirm. Wir wollen denen Bauland geben, die sich darunter begeben und sich rechtlich verbindlich an soziale und ökologische Kriterien binden. Dafür fördern wir sie auch. So wollen wir das Ziel 50 Prozent gemeinwohlorientierter Wohnungen erreichen.

6. Wie wollen Sie die öffentliche Hand zu einem attraktiven Auftraggeber für die regionale, kleine und mittelständische Unternehmerschaft machen?

Unbenommen ist ein weniger bürokratisches Vergabeverfahren ein wichtiger Schlüssel, um mehr Unternehmen den Zugang zu öffentlichen Auftragsvergaben zu ermöglichen. Mit der Neufassung 2020 wurden hierzu schon wichtige Schritte unternommen, so dass im Unterschwellenbereich eine Vereinfachung getroffen wurde, die in vielen Vergabestellen Anwendung findet. Auch ist die Berücksichtigung mittelständischer Betriebe durch Aufnahme des neuen § 5 BerlAVG stark verbessert worden.

Wesentliches Ziel der Neufassung war auch die Zielsetzung, mehr faire und ökologische Vergaben zu erreichen. Die öffentliche Hand als Auftraggeberin soll beispielgebend sein für faire, angemessene Entlohnung und für einen ökologisch nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen. So ist bei der Wertung der Wirtschaftlichkeit der gesamte Lebenszyklus eines Produkts zu berücksichtigen – so können qualitativ hochwertigere und in der Anschaffung teurere Dienstleistungen nun auch den Zuschlag erhalten. Diesen Weg

einer stärker langfristig orientierten Sichtweise in der Auftragsvergabe werden wir weiter fortführen.

Nicht gelungen ist in der letzten Legislatur die geplante deutliche Verringerung der Vergabestellen. Nur einige Verwaltungen – wie beispielsweise die grüngeführte Wirtschaftsverwaltung – haben hier sichtbare Reduzierungen vorgenommen. Hieran muss in der kommenden Legislatur weiter gearbeitet werden. Nur wenn die Aufgaben der Vergabestellen stärker konzentriert werden, können auch echte Verbesserungen in den Verwaltungsabläufen erzielt werden. Dies betrifft insbesondere die Digitalisierung der Vergabeverfahren, die wir auch im Rahmen der Digitalisierungsstrategie des Landes Berlin behandeln und konsequent voranbringen wollen.

7. Wie wollen Sie in Berlin ein modernes und praxisperechtes Bauordnungsrecht schaffen?

Die Bauordnung muss insbesondere den Klimawandel und die Klimaanpassung sowie die Kreislaufwirtschaft berücksichtigen. Das muss sie deshalb, weil die Projektträger, Planer*innen und Baufirmen bisher leider auf diesen Gebieten zu wenig Eigeninitiative zeigen.

In puncto Kreislaufwirtschaft stehen wir dafür, dass bei Abrissen die Bauherr*innen ein Konzept für den selektiven Rückbau vorlegen und umsetzen müssen. Das soll Praxis werden.

Den Wunsch, eine einheitliche Bauordnung – insbesondere in Berlin und Brandenburg – zu erlassen, teilen wir. Dazu finden Gespräche statt. Allerdings ist es erfahrungsgemäß schwer, sich vollständig zu einigen.

8. Wie wollen Sie die Schwarzarbeit effektiv bekämpfen?

Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung schädigen sowohl den einzelnen Menschen als auch das Gemeinwesen. Sie gehen einerseits mit Ausbeutung, Erpressung und hoher Unsicherheit für die Einzelnen einher. Andererseits bringen sie vorenthaltene Steuern- und Sozialversicherungsabgaben, Wettbewerbsverzerrung und fehlende Arbeitsschutz- und Qualitätsstandards mit sich. Auf Bundesebene wollen wir Ausbeutung durch eine Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) vorbeugen, im Land Berlin wollen wir bestehende Angebote zur Vermittlung sozialversicherungspflichtiger Jobs auch für Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit öffnen und sie über ihre Rechte als Arbeitnehmer*innen aufklären. Wir wollen die wertvolle Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen hierzu dauerhaft finanziell sichern und sie auch mit der Berliner Justiz vernetzen.

9. Wie wollen Sie dazu beitragen, die Baukosten zu senken?

Die Preiserhöhungen registrieren auch wir mit Sorge. Als Ursachen sehen wir die Materialknappheit bei einzelnen Baustoffen, die komplexeren Ansprüche und auch Vorschriften, den Personalmangel und daraus resultierend höhere Personalkosten sowie die fehlende Marktbreite der Anbieter*innen. Oft gehen nur wenige Angebote ein und es findet kein Wettbewerb statt, hohe oder gar überhöhte Angebote sind oftmals die Folge. Wir wollen eine Ausbildungsoffensive unterstützen und dadurch den Personalmangel bekämpfen. Durch die Zulassung von Typenbauten in der Bauordnung erhoffen wir schnellere Prozesse bei Baugenehmigungen im Wohnungsbau und geringere Kosten. Bei Ausschreibungen wollen wir stärker auf europaweite Ausschreibungen setzen, damit mehr Angebote eingehen.

Im Rahmen der Ansiedlungspolitik in Berlin und Brandenburg setzen wir darauf, dass die Baufirmen sich vergrößern können und außerdem Anbietende aus anderen Teilen Europas sich hier ansiedeln, investieren und zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Gerade im Holzbau ist festzustellen, dass viele Firmen aus dem Alpenraum sich in Brandenburg niederlassen und Produktionsstätten aufbauen.

Über eine Vereinfachung von Vorschriften möchten wir weiter mit der Branche ins Gespräch kommen. Allerdings steht für uns fest, dass bei den Fragen der Klimaanpassung und des Klimaschutzes nicht weniger, sondern mehr getan werden muss.